

Das öffentliche Pensionssystem ruiniert Europa 2

Die falsche Verwendung der verfügbaren Geldmittel 4

Euro: Wieder faule Tricks statt echter Sanierungsmaßnahmen 6

Mit Indexierungen zum Inflationsgalopp 8

Vor der Politik ist kein einziger Cent sicher 10

Plädoyer für die Wiederentdeckung der Bank, die Kunden betreut 12

Abo-Service:
verlag@vvg-wien.at
Jahresabonnement:
Österreich: € 55,00
inkl. MwSt.,
außerhalb
Österreichs: € 60,00.

Medieninhaber und Medienunternehmen: Volkswirtschaftliche Verlagsges.m.b.H.
 Herausgeber und Chefredakteur: Ronald Barazon
 Geschäftsführung, Anzeigenleitung, Vertrieb, Redaktion: alle 1070 Wien, Schottenfeldgasse 93/6
 e-mail: verlag@vvg-wien.at
 Kto. AT41 6000 0000 0238 8232
 BIC: BAWAATWW
 UID: ATU14892909
 Die grundlegende Richtung wird von der Menschenrechtskonvention, den Prinzipien der freien Marktwirtschaft und der Ablehnung jeder Diktatur sowie jeder Verletzung der demokratischen Freiheiten bestimmt.
 Druck: Robitschek, 1050 Wien.



Das öffentliche Pensionssystem ruiniert Europa

Von Ronald Barazon

In Europa ist die Finanzierung der Pensionen durch die Sozialversicherung und den Staat eine Selbstverständlichkeit, die auch nicht diskutiert wird. Man fragt sich wieso? Das System ergibt eine ständige Kapitalvernichtung, die vermeidbar wäre. Womit nicht gesagt sei, dass keine Pensionen gezahlt werden sollten. Womit aber laut und deutlich gesagt sei, dass dringend eine Systemänderung notwendig wäre. Davon ist aber nicht die Rede, vielmehr werden ständig neue Wege gesucht, die Pensionen im bestehenden System doch noch zu retten. Eine Übung, die den alten Kontinent immer tiefer in die Pleite treibt, weil es sich dabei um ein Fass ohne Boden handelt, das mit der Alterung der Bevölkerung immer größer wird. Somit gilt es eine mögliche Systemänderung zu betrachten und zu zeigen, wieso die Pensionen Europa ruinieren.

Die Betriebe werden geschwächt

Die Mittel für die Finanzierung müssen die Betriebe erwirtschaften und über Sozialversicherungsbeiträge und Steuern abliefern. Diese Feststellung löst aktuell nur eine Reaktion aus. Ja, was denn sonst?

Der Umstand wird nicht hinterfragt. Man hört nur die Klage der Unternehmer, die die Höhe der Beiträge kritisieren. Und die stereotype Antwort der Sozialpolitiker, dass die Zahlungen notwendig seien um den älteren Mitbürgern ein Leben in Würde zu ermöglichen. Jede Kritik würde nur mangelnde Solidarität beweisen und Altersarmut auslösen.

Die Alternative

Jedes Unternehmen arbeitet mit Kapital und die meisten brauchen Kapital von außen, in Form von Krediten oder in Form von Beteiligungskapital. Und Kapital von außen ist zu

bedienen, entweder mit Zinsen oder mit Dividenden, weil sonst kein Kapital zur Verfügung gestellt wird. In den Aufwendungen eines Unternehmens bilden die Beiträge zur Sozialversicherung und die Verzinsung des Kapitals von außen zwei entscheidende Positionen.

Zwei ungleiche Positionen

Mit einem gewaltigen Unterschied. Die Beiträge zur Sozialversicherung sind obligatorisch und hoch. Da gibt es keine Diskussion. Kapital bekommt man nur, wenn man es sich leisten kann, wenn man genügend Spielraum für Zinsen und Dividenden hat.

Nach der Zahlung der Sozialversicherungsbeiträge bleibt meist nicht viel übrig, und so sind die Firmen in der Regel gezwungen, sich mit wenig Kapital von außen und mit den selbst erwirtschafteten Gewinnen als Finanzierungsbasis zu

begnügen. Die Sozialversicherung bremst also die Unternehmen im ganz banalen Alltag und sorgt meist unbemerkt dafür, dass die Betriebe Chancen nicht nutzen können und notwendige Investitionen unterlassen.

Eine sinnlose Selbstbremsung

Hier findet kontinuierlich eine Selbstbremsung der Volkswirtschaft statt. Die Investitionen und Innovationen müssten sinnvoller Weise durch die Sparer und Anleger finanziert werden, die aus den Zinsen und Dividenden für das bereitgestellte Kapital den Lebensunterhalt im Alter finanzieren sollten.

Mit dieser Methode ergeben sich zahlreiche Vorteile. Die Beträge der Firmen zur Sozialversicherung werden entlastet, die Wirtschaft kann Kapital von außen höher verzinsen, die Geldgeber bekommen höhere Ausschüttungen und leben in der Pension besser. Die Betriebe investieren mehr, verdienen mehr, die Volkswirtschaft wird reicher.

Die falschen Argumente

Diese Alternative, die allen Vorteile bringen würde, wird mit falschen Argumenten verhindert. Investieren könnten nur die „Reichen“, die „Armen“ würden unter die Räder des Kapitalismus kommen.